

Günter Neugebauer:

CDU und FDP kneifen vor Auseinandersetzung um Steuergeschenke für Vodafone-Konzern

Zur Ablehnung des Dringlichkeitsantrages der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Konsequenzen aus Vodafone-Absichten ziehen“ erklärt der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Günter Neugebauer:

Es ist ungeheuerlich, dass sich CDU und FDP im Landtag geweigert haben, mit den Regierungsparteien über die Konsequenzen aus den Absichten des Vodafone-Konzerns zu diskutieren. Dieser beabsichtigt, durch Teilwertabschreibungen die Steuerzahler an den Wertverlusten, die infolge der künstlich in die Höhe getriebenen Kurssteigerungen und anschließenden Kurseinbrüche entstanden, zu beteiligen.

Die CDU im Bundestag hat es 1999 abgelehnt, die bis dahin weit gefassten Abschreibungsmöglichkeiten der Großunternehmen einzuschränken. Nicht nur ungerechtfertigt, sondern geradezu unverständlich ist vor diesem Hintergrund die Kritik des CDU-Bundestagsabgeordneten Austermann an der Bundesregierung. Wäre es nach der CDU gegangen, könnte Vodafone weit mehr als die jetzt angekündigten Abschreibungen realisieren.

Die Opposition entzieht sich der Diskussion im Landtag. Damit offenbaren CDU und FDP, dass es ihnen nicht um die Sache, nämlich die Schließung von Steuerschlupflöchern für Konzerne, geht.

Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die steuerlichen Gestaltungsspielräume zu Lasten der Steuerzahler für Konzerne stärker eingeschränkt werden. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass sich Großkonzerne künstlich arm rechnen und dies vom Steuerzahler finanzieren lassen.